



Brief aus Straßburg



Aktuelle Informationen von Rainer Wieland MdEP

Abgeordneter für die Region Stuttgart und Heilbronn
Vizepräsident des Europäischen Parlaments

Nr. 159
Plenarwoche September II 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

"Wir dürfen die Errungenschaften eines vereinten Europas nicht in Frage stellen", betonte der Präsident der EU-Kommission José Manuel Barroso in seiner Rede zur Lage der Union vor dem EU-Parlament. Die gegenwärtige Krise habe gezeigt, so Barroso, dass eine gemeinsame Währung ohne gemeinsame Wirtschaftspolitik nicht funktionieren könne. Die Europäische Union solle daher mehr Kompetenzen im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik erhalten.



Barroso hat des Weiteren einen Vorschlag für eine Finanztransaktionssteuer vorgelegt. Mittlerweile belaufen sich Garantien und Hilfszahlungen der EU-Steuerzahler für den europäischen Finanzsektor auf 4,6 Milliarden Euro. Nun müssten auch Finanzunternehmen ihren Beitrag leisten, so Barroso. Die Steuer, welche EU-Parlamentarier schon seit langem fordern, könnte bis zu 55 Milliarden Euro pro Jahr einbringen.

Die gesamte Rede sowie die anschließende Debatte finden Sie [hier](#).

Mit europäischen Grüßen aus Straßburg

*Respektvoll
Rainer Wieland*

■ Reform des Wachstums- und Stabilitätspaktes

Das Europaparlament hat ein Paket zur wirtschaftspolitischen Steuerung verabschiedet. Auf Drängen des EU-Parlaments ermöglicht dieses künftig frühzeitige, quasi-automatische Korrekturmaßnahmen wenn ein Mitgliedsstaat signifikant von seinen mittelfristigen Haushaltszielen abweicht. Zweitens sorgt die Neuregelung dafür, dass Entscheidungsträger schnell gegensteuern, wenn die Gesundheit der Wirtschaft von makroökonomischen Ungleichgewichten bedroht wird. Drittens werden Statistiken für Haushaltspolitik und -überwachung zukünftig genauer und transparenter sein. Die Reform des Stabilitätspaktes war nötig geworden, da viele Mitgliedsstaaten sich bisher nicht an dessen Vorgaben gehalten haben, was letztendlich zur gegenwärtigen Schuldenkrise geführt hat.



Foto: Pixelio

■ Palästina: Antrag auf UN-Vollmitgliedschaft / Handelsabkommen mit EU

Das Europäische Parlament bezeichnete Palästinas Antrag auf UN-Vollmitgliedschaft als "legitim", betonte jedoch, dass dessen Eigenstaatlichkeit das Ergebnis von Verhandlungen sein müsse. Gleichzeitig unterstrichen die Abgeordneten das

E-Mail: rainer.wieland@europarl.europa.eu • Internet: www.mdep.de

**CDU-Europabüro Region
Stuttgart**
Dornierstraße 17
D-70469 Stuttgart
Tel.: (49) 711/80 60 74 8 80
Fax.: (49) 711/80 60 74 8 94

Europäisches Parlament
LOW T 12.037
Allée du Printemps
F-67070 Straßburg
Tel.: (33) 388 17 5545

Deutscher Bundestag
Wilhelmstr. 60
Zimmer 0.19
D-11011 Berlin
Tel.: (49) 30 227 71 771

Europäisches Parlament
ASP 10 E 130, Rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel.: (32) 2 284 7545
Fax.: (32) 2 284 9545

Recht Israels auf ein Bestehen innerhalb sicherer Grenzen. Außerdem hat das Parlament einem Handelsabkommen mit Palästina zugestimmt, welches die dortige Wirtschaft ankurbeln soll. Es gewährt Landwirtschafts- und Fischereiprodukten aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen einen weitgehend freien Zugang zum europäischen Markt.

■ **Verkehrssicherheit: EU-Parlament fordert konkrete Maßnahmen**

Europaweit koordinierte Leitlinien, wie zum Beispiel die Umsetzung einheitlicher Promillegrenzen oder der Harmonisierung von Straßenverkehrszeichen und -regeln sollen die Straßen EU-weit sicherer machen. Auch wollen die Abgeordneten verstärkt intelligente Verkehrssysteme einsetzen, die beispielsweise das unabsichtliche Verlassen der Fahrbahn oder Auffahrunfälle verhindern können. Als Grundlage für diese Maßnahmen sollen hochwertige vergleichbare Daten zu Unfallursachen und -folgen dienen.



Foto: Pixelio

■ **Rio+20: Abgeordnete wollen Festlegung nachhaltiger Entwicklungsziele**

Nach Meinung des EU-Parlaments kommt der EU eine Schlüsselrolle dabei zu, bei der UN-Konferenz zu Nachhaltigkeit, die im Juni 2012 im brasilianischen Rio de Janeiro stattfindet, weltweit verbindliche Ziele für die Nachhaltigkeit zu erreichen. Die Abgeordneten betonten auch die gewachsene Verantwortung der Industrieländer beim Kampf gegen Armut und Hunger in den bevölkerungsreichen Entwicklungsländern. Auch möchten sie als Themen für die UN-Konferenz zur Nachhaltigkeit unter anderem die Themen Rohstoffverbrauch, Energieeffizienz und Forstwirtschaft behandelt wissen.

■ **EU-Handelsstrategie: Europäisches Parlament fordert klare Zuständigkeiten**

Die Europäische Union muss auf die sich rasant wandelnden internationalen Handelsbeziehungen reagieren, fordert das Parlament in einem Bericht meines baden-württembergischen Kollegen Daniel Caspary. Die EU-Kommission solle eine zukunftsweisende Handelsstrategie erarbeiten, welche es Europa ermöglicht, auch in Zukunft der weltweit führende Exporteur von Waren und

Dienstleistungen zu bleiben. Dafür müsse Handelspolitik besser mit Außen- und Entwicklungspolitik verknüpft werden.

■ **Parlament will Tourismus in Europa ausbauen**

Europa ist das beliebteste Ferienziel weltweit und Tourismus generiert 10% des Bruttonationalprodukts und 12% aller Arbeitsplätze in der EU. Die EU-Abgeordneten wollen diese Position ausbauen und schlagen ein Europa-Siegel vor, um anspruchsvollen Tourismus zu fördern und Arbeitsplätze zu schaffen. Benachteiligte Regionen sollen gefördert und das multikulturelle Erbe Europas besser vermarktet werden.

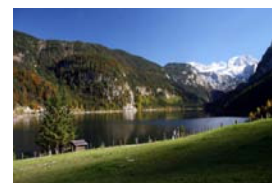


Foto: Pixelio

■ **Parlament besorgt über Drohungen der Türkei gegenüber Zypern**

Abgeordnete aller Fraktionen äußerten sich besorgt über den wachsenden Streit um Öl- und Erdgasexplorationen zwischen der Türkei und der Republik Zypern. Sie verurteilten die Drohungen der Türkei und wiesen darauf hin, dass jede Drohung gegen einen Mitgliedstaat eine Drohung gegen die ganze EU sei.

■ **Recht auf Basiskonto für jeden Europäer**

Als Reaktion auf Studien, wonach ca. 30 Millionen Europäer kein Bankkonto haben, hat die Europäische Kommission die Mitgliedstaaten aufgefordert, für jeden Bürger unabhängig von seiner Finanzlage den Zugang zu einem Bankkonto zu ermöglichen. Wird diese Empfehlung nicht umgesetzt, will die Kommission verbindliche Vorgaben erlassen.

■ **Studieren im Ausland - Mobilität deutscher Studenten steigend**

Deutsche Studenten sind mobiler als ihre Kollegen aus vergleichbaren Industrieländern. Das ergab eine Studie des Deutschen Studentenwerkes: Insgesamt haben 15% von ihnen einen studienbezogenen Auslandsaufenthalt hinter sich. Von Arbeitgebern werden die dort erworbenen Qualifikationen wie Flexibilität und interkulturelle Kompetenz besonders geschätzt. Die Studie finden Sie unter www.studentenwerke.de.

E-Mail: rainer.wieland@europarl.europa.eu • Internet: www.mdep.de

**CDU-Europabüro Region
Stuttgart**
Dornierstraße 17
D-70469 Stuttgart
Tel.: (49) 711/80 60 74 8 80
Fax.: (49) 711/80 60 74 8 94

Europäisches Parlament
LOW T 12.037
Allée du Printemps
F-67070 Straßburg
Tel.: (33) 388 17 5545

Deutscher Bundestag
Wilhelmstr. 60
Zimmer 0.19
D-11011 Berlin
Tel.: (49) 30 227 71 771

Europäisches Parlament
ASP 10 E 130, Rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel.: (32) 2 284 7545
Fax.: (32) 2 284 9545